



Vermüllungssyndrom



Dr. Janusz Rat
Vorsitzender der KZVB

Sehr verehrte Frau Kollegin,
sehr geehrter Herr Kollege,

„Freiheit statt Sozialismus“ – „Leistung muss sich wieder lohnen“ – „Wachstum braucht Freiheit“ – Bundestagswahlen stehen vor der Tür. Lösen „Reformen“ die Probleme? Wenn sich Leistung wieder lohnen soll, dann muss als Erstes die Degression weg. Es gibt wohl keinen Wirtschaftszweig, der dafür bestraft wird, wenn er expandiert. Dieses Instrument ist demotivierend für den Gesamtberufsstand. Dabei geht mittlerweile die Degression – seinerzeit eine standespolitische Forderung der Interessensgemeinschaft zahnärztlicher Verbände in Deutschland (IGZ) und später von *Seehofer* umgesetzt – nach hinten los: Ursprünglich sollten die Gelder aus der Degression als Instrument zur Förderung der kleinen Praxen dienen. Inzwischen kehrt sich dies um. Die Rechtsprechung zum Honorarverteilungsmaßstab führt dazu, dass die kleinen Praxen die großen finanziell unterstützen. Sowohl bei den Kieferorthopäden als auch bei den Mund-, Kiefer-, Gesichtschirurgen sowie den überwiegend chirurgisch tätigen Oralchirurgen wurde durch die Absenkung der Degressionsgrenzen die Situation verschärft und – ungerecht – umverteilt. Bei diesen Fachrichtungen erfolgt keine Zahnersatzausgrenzung in den unbudgetierten Bereich, in dem auch die Degression nicht mehr zur Anwendung kommt.

In der KZV bezahlt jeder Kollege schätzungsweise 40 Euro seines Verwaltungskostenbeitrags jährlich dafür, dass die Degressionsregelungen umgesetzt werden können. In gleicher Größenordnung dürften sich auch die Kosten auf Krankenkassenseite bewegen. Schätzungsweise könnten bundesweit 5.000 neue Arbeitsplätze allein durch die Abschaffung der Degression entstehen.

Doch nicht nur die Politik ist gefordert zu entmüllen. Auf Krankenkassenseite findet man einen Umsetzungsperfektionismus zum Aufblähen der Bürokratie als Arbeitsplatzsicherungsinstrument. Das Festzuschuss-System wurde durch die Kassenforderungen im Wege des Kompromisses vor dem Bundesausschuss und der Bundesschiedsamtentscheidung zu dem Bürokratiemonster, mit dem wir uns nun in den Praxen herumschlagen müssen. Das bürokratische Sahnehäubchen ist dabei die Härtefallregelung. Bekanntlich erhält der Härtefallpatient 100 Prozent der Kosten der Regelversorgung ersetzt. Nur um auch die Härtefälle in die Festzuschuss-Systematik hineinzuwürgen, muss jedoch zunächst die Zahnersatzbehandlung nach Festzuschüssen berechnet werden, um zu guter Letzt via übersteigenden „Spitzbetrag“ doch zu 100 Prozent erstattet zu werden – ein bürokratisches Vermüllungssyndrom.

Das ganze Heft des Bayerischen Zahnärzteblattes könnte mit solchen Messie-Beispielen aus dem SGB V gefüllt werden. Zugrunde liegt dem Messie-Phänomen eine bisher noch kaum vollständig verstandene Unfähigkeit der Betroffenen, brauchbar und unbrauchbar zu unterscheiden und dieser Einsicht gemäß zu handeln. Nicht eine weitere Reform hat Priorität, zunächst ist Entrümpelung angesagt, ganz im Sinne einer Renovierung – die gesundheitspolitischen Messies gehören als Erste entsorgt.

Ihr Janusz Rat